



TOP VI Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Betrifft: Abwehren von Einflüssen Dritter auf ärztliches Handeln

Beschlussantrag

Von: Frau Dr. Dolores de Mattia als Delegierte der Ärztekammer Schleswig-Holstein

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen sollten Ärzten die Möglichkeit geben, ihre Berufsausübung sinnvoll zum Wohle des Patienten zu gestalten. Im letzten Jahrzehnt sind die Verhältnisse im klinischen Alltag durch finanzielle und personelle Ressourcenknappheit gekennzeichnet. „Nichtärzte“ wurden vielerorts beauftragt, Regelwerke zu entwickeln, um die Krankenversorgung innerhalb der Mittelknappheit wirtschaftlich zu organisieren. Was ursprünglich als Unterstützung z. B. bei Schnittstellen-Problemen gedacht war, entwickelt sich nun zu unangemessenen Eingriffen in die ärztliche Tätigkeit und Freiberuflichkeit.

Klinikkonzerne planen die Subspezialisierung des ärztlichen Tätigkeitsprofils in kleinteilige Aufgabengebiete, wodurch der Behandlungsablauf zersplittert und der spezialisierte Arzt den Patienten immer weniger ganzheitlich wahrnehmen würde. Das Ziel solcher Maßnahmen ist in erster Linie die Effizienzsteigerung. Die Auswirkungen auf die Betreuung der Patienten und auf die Qualität der Berufsausübung der Ärzte stehen dabei nicht im Vordergrund. Häufig werden sogar externe Consultingfirmen damit beauftragt, den Behandlungsablauf nach dem Vorbild industrieller Fertigungsprozesse zu „taktan“ und zu optimieren. Der Arzt, dem eigentlich die individuelle Therapieplanung eines Patienten obliegen sollte, wird so zum Leistungserbringer reduziert.

Der Deutsche Ärztetag fordert daher die Bundesärztekammer auf

1. Tendenzen, die im Widerspruch zur Berufsordnung stehen, kritisch zu verfolgen, öffentlich zu machen und zusammen mit den politischen Gremien abzuwehren,
2. Einflussnahmen Dritter auf ärztliche Entscheidungsprozesse in der Patientenversorgung, z. B. in der Indikationsstellung, anzuprangern,
3. Veränderungen der Weiterbildungsordnung, die als formale Grundlage zur erleichterten Umsetzung von rein wirtschaftlich orientierten Versorgungsmodellen dienen könnten, streng zu prüfen.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0 Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0